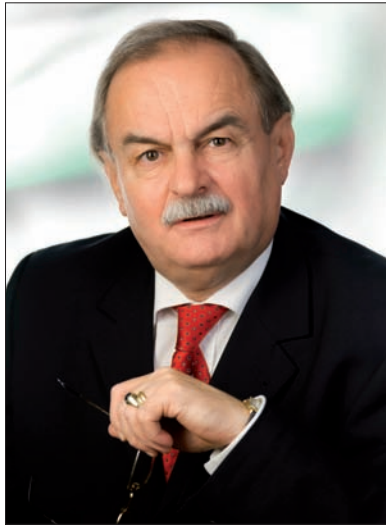




GfK-Umfrage zum Gesundheitssystem: Hohe Qualität, aber Reformen werden eingefordert



Dr. Hans Jörg Schelling



Dr. Josef Kandlhofer

Die Ergebnisse der „Bevölkerungsstudie des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger“ – durchgeführt vom Meinungsforschungsinstitut GfK Austria im Herbst 2011 – wurden bei einer Pressekonferenz am 12. Jänner 2012 von GfK-Geschäftsführer Prof. Dr. Rudolf **Bretschneider** präsentiert. Erläutert im Blick auf aktuelle Vorhaben zur Gesundheitsreform wurden sie vom Vorsitzenden des Hauptverbandes, Dr. Hans Jörg **Schelling**, und von HVB-Generaldirektor Dr. Josef **Kandlhofer**.

Einsparungsvolumen von 1,8 Milliarden bei Gesundheit realistisch

Schelling hielt das Einsparungsziel von 1,8 Milliarden Euro in den nächsten fünf Jahren im Ge-

sundheitsbereich für realistisch, wobei der Schwerpunkt im Spitalsbereich liegen sollte und die Länder dabei eingebunden werden müssen. Mit der Entwicklung der Krankenkassen zeigte sich der Hauptverbandsvorsitzende zufrieden, sie würden für das vergangene Jahr positiv bilanzieren und vermutlich Ende 2013 schuldenfrei sein.

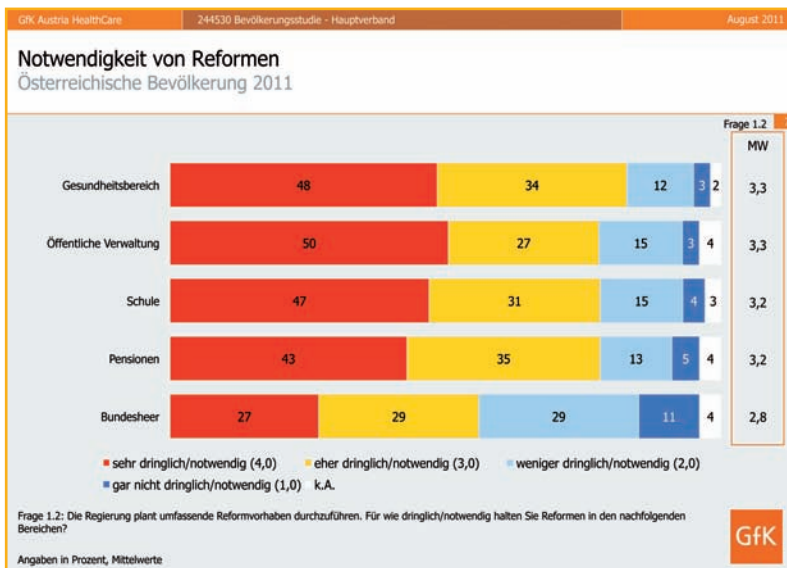
Derzeit werden 20 Mrd. Euro an öffentlichen Mitteln für den Gesundheitsbereich aufgewendet, davon elf Mrd. für die Spitäler. Das Wachstum liege bei 4 bis 4,5 Prozent. Wenn es gelinge, wie bei den Kassen die Steigerung auf das BIP-Wachstum zu begrenzen, dann sei das genannte Einsparungsziel realistisch.

In der politischen Steuerungsgruppe für die Spitalsreform laufen die Gespräche zwar konstruktiv, aber zur Lösung bedarf es noch großer Anstrengungen, so Schelling. Ziel müsse sein, die Effizienzsteigerungspotenziale, wie es bei den Kassen bereits der Fall ist, zu heben. Geplant ist dabei, die Auszahlung von Mitteln an die Erreichung von Finanzzielen zu binden, wie bei den Kassen mit dem Strukturfonds. Es gehe auch darum, Kleinspitäler zu spezialisieren und Akutbetten in Rehabilitations- und Geriatriebetten umzuwandeln. Die Planung und Steuerung müsse sektorenübergreifend auf Bundesebene erfolgen und es müsse in Regionen und nicht nach Bundesländern gedacht werden.

Dagegen haben in den vergangenen beiden Jahren die Krankenkassen die ihnen vorgegebenen Finanzziele jeweils deutlich übererfüllt. Die für die Periode von 2010 bis 2013 vorgegebenen Kostendämpfungen von 1,725 Mrd. Euro werden um 400 bis 500 Millionen Euro übertroffen, erwartet der HVB-Vorsitzende.

Österreicher sehen bei Gesundheit größten Reformbedarf

Reformdiskussionen werden von der Bevölkerung mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Von den insgesamt 2.000 Befragten wurden auf die Frage, ob man davon gehört hätte, die Bereiche Schule/Bildung (73 Prozent) und Bundesheer (69 Prozent) am häufigsten genannt. An dritter und vierter Stelle rangieren gleichauf Pensionen und Gesundheit mit je 61 Prozent, dann folgt die Verwaltungsreform mit 40 Prozent. Die öffentlichen Reformdiskussionen decken sich nicht unbedingt mit den Prioritäten der Bevölkerung, denn die Österreicher sehen im Gesundheitsbereich den größte Reformbedarf. In der GfK-Umfrage meinten 82 Prozent, dass Reformen in der Gesundheit notwendig seien (48 Prozent „sehr“ und

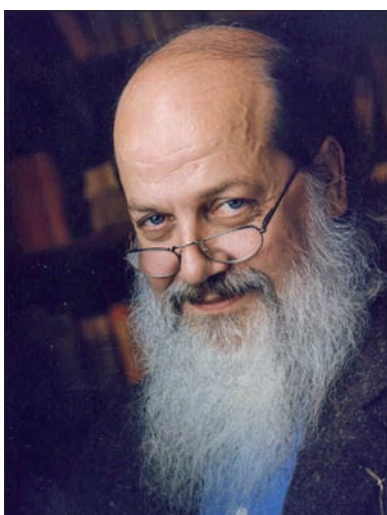




34 Prozent „eher“. Dahinter folgen die Schule und Pensionen, wo je 78 Prozent Reformen für nötig erachten, danach kommt die öffentliche Verwaltung mit 77 Prozent.

Der ausgeprägte Wunsch nach einer Gesundheitsreform entspringt aber keinesfalls einer Unzufriedenheit mit dem System. Nicht weniger als 85 Prozent halten das Gesundheitssystem für eines der besten in Europa. Trotzdem wird aber auch Kritik daran geübt. Eine Mehrheit von 86 Prozent stuft Doppeluntersuchungen in die Kategorie „Kostentreiber“ und nicht unter „mehr Sicherheit für den Patienten“ ein. Mehr als 80 Prozent glauben, dass dadurch die Qualität der Behandlung leidet und unerwünschte Wechselwirkungen von Medikamenten ausgelöst werden. Und zwei Drittel (67 Prozent) halten dadurch sogar lebensbedrohende Situationen für Patienten für wahrscheinlich.

Einen Haus- oder Vertrauensarzt haben 93 Prozent der Österreicher und sie stehen zu diesem auch sehr positiv. Trotz hoher Zufriedenheit mit ihren Ärzten plädiert eine überwältigende Mehrheit von 89 Prozent für eine regelmäßige Qualitätskontrolle. Jeweils rund ein Drittel wünscht sich dafür ein unabhängiges Institut, die Ärztekammer oder das Gesundheitsministerium. Mehr als zwei Drittel (69 Prozent) wollen auch eine öffentliche Datenbank über Ärzte, in der auch die Erfüllung von Qualitätskriterien aufscheinen soll. Die e-Medikation halten 90 Prozent der Befragten für geeignet das sie zu einer besseren Information des Arztes, einer besseren Abstimmung von Krankenhaus, Arzt und Apotheker sowie zu mehr Sicherheit für den Patienten führt. GD Dr. Kandlhofer liest daraus einen „sehr starken Auftrag“ heraus, in dieser Richtung weiterzuarbeiten. Der mit Ende des vergangenen Jahres abgelaufene Pilotversuch wird nun evaluiert und Hauptverbandsvorsitzender Dr. Schelling erwartet, dass längstens bis Mitte des Jahres Ergebnisse vorliegen.



Prof. Dr. Rudolf Bretschneider

